



## Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein  
19. Januar 2015  
Deutsch  
Original: Englisch

---

### Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats

Auf der 7362. Sitzung des Sicherheitsrats am 19. Januar 2015 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes „Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen“ im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

„Der Sicherheitsrat verurteilt mit allem Nachdruck die jüngste Eskalation der von Boko Haram verübten Angriffe, insbesondere die Selbstmordbombenanschläge vom 10. und 11. Januar 2015 in Maiduguri (Staat Borno) und Potiskum (Staat Yobe),





stützung zu erhöhen, um die operativen Kapazitäten des Multinationalen Gemeinsamen Einsatzverbands auszubauen, namentlich durch die Bereitstellung finanzieller und logistischer Hilfe, entsprechender Ausrüstung und die Bestimmung der Modalitäten für einen wirksameren Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, und so die kollektiven Anstrengungen der Region zur wirksameren Bekämpfung Boko Harams zu fördern. Der Sicherheitsrat unterstreicht, dass alle Einsätze des Multinationalen Gemeinsamen Einsatzverbands unter voller Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, durchgeführt werden müssen.

Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von dem Kommuniqué der Regierung Tschads vom 14. Januar 2015, in dem diese ihre aktive Unterstützung im Kampf gegen Boko Haram zusagt. Der Sicherheitsrat begrüßt, dass die Nationalversammlung Tschads in einer Abstimmung am 16. Januar 2015 die tschadischen Streit- und Sicherheitskräfte ermächtigt hat, den kamerunischen und nigerianischen Soldaten im Kampf gegen die Terroristen von Boko Haram beizustehen.

Der Sicherheitsrat unterstreicht, dass diejenigen, die diese verwerflichen terroristischen Handlungen begangen, organisiert, finanziert und gefördert haben, im Einklang mit dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats vor Gericht gestellt werden müssen.“

---